

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

7. März 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

In der vergangenen Woche fanden weiterhin Luftangriffe statt sowie Kämpfe zwischen Taliban und Regierungstruppen, Taliban und IS-Kämpfern sowie zwischen Gruppen Aufständischer untereinander. Häufig wurden Zivilisten getroffen, die zwischen die Fronten geraten waren. So starb am 01.03.16 ein Mann bei einem Raketenangriff in Pul-i-Khumri, der Hauptstadt der nordöstlichen Provinz Baghlan. Zwei seiner Kinder wurden verletzt. Die Rakete schlug zwischen dem Gouverneursitz und dem Polizeihauptquartier ein. Die afghanischen Behörden beschuldigen die Taliban, blindlings Raketen auf Regierungseinrichtungen zu feuern. Im laufenden Jahr wurde Pul-i-Khumri von mindestens 17 Raketen getroffen, wobei mehrere Menschen starben oder verletzt wurden. Ähnlich verhält es sich im Distrikt Marawara der östlichen Provinz Kunar, wo am 01.03.16 im Kreuzfeuer 14 Zivilisten verletzt und einer getötet wurden. Darüber hinaus gab es Kämpfe u.a. in den Provinzen Nangarhar, Kunar (Osten), Badakhshan, Baghlan (Nordosten), Faryab (Norden), Helmand, Kandahar und Uruzgan (Süden).

Gezielte Anschläge und Übergriffe

Am 29.02.16 wurden vier Zivilisten bei einem Bombenanschlag in Kabul verletzt. In der Hauptstadt der Provinz Farah (Westen) starben mindestens vier Kinder bei einer Bombenexplosion. In der Provinz Kandahar (Süden) wurden vier Polizisten bei einer mutmaßlichen "Insider-Attacke" erschossen. Am 02.03.16 griffen in Jalalabad (Hauptstadt der Provinz Nangarhar, Osten) fünf Taliban Sicherheitskräfte in der Nähe des indischen Konsulats an. Bei dem Schusswechsel und einem Selbstmordbombenanschlag starben neben den Angreifern ein Polizist und zwei Zivilisten. 19 Personen erlitten Verletzungen. Am 03.03.16 wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Basar im Distrikt Dawlat Abad der nördlichen Provinz Balkh zwei Menschen getötet und 24 verletzt. Am 05.03.16 wurden in Kabul zwei türkische Staatsangehörige erschossen und drei Personen dabei verletzt.

Überläufer zu Taliban zu 15 Jahren Haft verurteilt

Ein Militärgericht in Nangarhar (Osten) hat einen Angehörigen der Afghan National Army (ANA) zu 15 Jahren Haft verurteilt, weil er mit seinen Waffen zu den Taliban übergelaufen war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Pakistan

Anschlag auf Gericht

Bei einem Bombenanschlag auf das Gerichtsgebäude in Shabqadar in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa starben am 07.03.16 mindestens acht Menschen, 27 wurden verletzt.

Polizei verhindert Kinderhochzeit

In der Provinz Punjab verhinderte die Polizei eine Hochzeit zwischen einem neunjährigen Mädchen und einem 14-jährigen Jungen. Vier Mitglieder eines Dorfrates, die die Eheschließung zur Schlichtung eines Streites zweier Familien beschlossen hatten, wurden festgenommen. Das Einschreiten der Polizei ist in derartigen Fällen eher ungewöhnlich, da solche Heiraten trotz Verbotes gesellschaftlich akzeptiert sind.

Eltern von Kinder-Bräuten werden mit einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von umgerechnet zehn Dollar bestraft. Von der Regierung geplante höhere Strafen wurden von einem Gremium von Geistlichen abgelehnt, ebenso wie der Vorschlag, das Mindestalter für Eheschließungen von 16 auf 18 Jahre zu erhöhen. Laut UNICEF werden drei Prozent der pakistanischen Mädchen verheiratet bevor sie 15 Jahre alt sind und über 25 % bevor sie 18 werden.

Syrien

Brüchige Waffenruhe

Die Lage hat sich spürbar verbessert. Die Gewalt soll um 90% zurückgegangen sein. Allerdings melden beide Seiten noch Verstöße gegen die seit dem 26.02.16 geltende Waffenruhe mit Hunderten von Toten. Allein in den Gebieten, in denen die Feuerpause gilt, soll es 135 Todesopfer und in den vom IS oder der Jabhat al-Nusra gehaltenen und vom Waffenstillstand ausgenommen Gebieten mehr als 550 Tote gegeben haben.

Demonstrationen gegen Assad

In den Gebieten, in denen die Waffen schweigen, nutzte die Opposition am 04.03.16 die Gelegenheit, um im Osten Aleppos, in Homs und in der Provinz Idlib unter dem Motto: „Die Revolution geht weiter“ gegen den Machthaber Bashar al-Assad zu protestieren. Ferner verlangte die Opposition, Gefangene freizulassen und Belagerungen zu beenden.

Jemen

Massaker im christlichen Altersheim in Aden

Am 03.03.16 griffen mutmaßlich Jihadisten in der Hafenstadt Aden ein von den Mutter-Teresa-Schwestern betriebenes Seniorenheim an und ermordeten insgesamt 16 Menschen, darunter vier Mutter-Teresa-Schwestern. Papst Franziskus verurteilte die Tat als Akt der Sinnlosigkeit und der teuflischen Gewalt. Bisher bekannte sich niemand zum Angriff. Die örtliche UN-Vertretung verdächtigt Mitglieder des IS. Im weltoffenen Aden gab es, anders als in Nordjemen, immer christliche Präsenz. Zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft vor 1967 wurden 22 Kirchen gezählt, von denen fünf übrig blieben. Nach Beginn des Bürgerkrieges zerstörte der IS eine Kirche und steckte eine zweite in Brand. Der christliche Friedhof wurde verwüstet.

Libanon/Saudi-Arabien

Saudi-Arabien bestraft Libanon

Nachdem Saudi-Arabien seine Bürger aus dem Libanon zurückgerufen hat, annullierte es das Vier-Milliarden-Dollar Hilfspaket und erklärte am 02.03.16 zusammen mit den anderen Golfstaaten (Oman, Bahrain, Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate) die schiitische Hizbollah zur Terrororganisation. Ob auch der Luftverkehr zwischen Riad und Beirut eingestellt wird, Saudi-Arabien seine Milliardeneinlagen aus der libanesischen Zentralbank abzieht oder Zehntausende der 300.000 libanesischen Gastarbeiter ausweist, ist anscheinend noch nicht entschieden. Das Königreich wirft dem Libanon vor, nicht genug gegen die Hizbollah zu unternehmen. Die Strafaktionen gelten mittelbar auch dem Iran, da dieser die Hizbollah unterstützt.

Türkei

Übernahme der Zeitung Zaman

Am 04.03.16 stürmten Polizisten die Redaktion der regierungskritische Zeitung Zaman in Istanbul, nachdem ein Gericht angeordnet hatte, die Zeitung unter staatliche Treuhandverwaltung zu stellen. Gegen Demonstranten vor dem Gebäude setzten die Sicherheitskräfte Tränengas und Wasserwerfer ein. Ein offizieller Grund für den Gerichtsbeschluss wurde bislang nicht genannt. Die Sonntagsausgabe erschien

bereits mit einem Foto von Staatspräsident Erdogan auf der Titelseite sowie mit einer Reihe von Beiträgen, in denen wohlwollend über ihn berichtet wurde. Zaman ist eine der größten Zeitungen der Türkei und steht der Bewegung des im US-Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen nahe. Gülens Hizmet-Bewegung ist in der Türkei wegen des Vorwurfs, einen Regierungsumsturz zu planen, zur Terrororganisation erklärt worden. Mit Putsch-Vorwürfen gegen Zaman-Journalisten rechtfertigte Ministerpräsident Davutoglu das Vorgehen vom Wochenende. Einen Tag nach der Übernahme der Zeitung setzte die Polizei erneut Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstranten ein und errichtete Absperrungen vor dem Gebäude, um Unterstützer fernzuhalten.

Anschläge

Am 04.03.16 explodierte in Nusaybin (Südosten) eine Autobombe in der Nähe einer Polizeiwache und einer Unterkunft für Sicherheitskräfte. Nach Medienberichten wurden zwei Polizisten getötet und zahlreiche Personen verletzt. Für den Anschlag wird die PKK verantwortlich gemacht.

Am 03.03.16 griffen zwei Frauen in Istanbul einen Bus der Bereitschaftspolizei mit einem Gewehr und einer Handgranate an, als er auf den Eingang der Polizeistation im Viertel Bayrampasa zufuhr. Laut Medienberichten wurde niemand verletzt. Die Polizei soll das Feuer erwidert und beide Angreiferinnen erschossen haben. Zum Angriff bekannte sich die verbotene linksradikale Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C).

Nigeria

Rund 300 Tote bei Übergriffen von Hirten auf Bauern

Zwischen dem 23. und 29.02.16 kam es laut Angaben des Leiters der Polizei im zentralnigerianischen Bundesstaates Benue zu schweren Übergriffen von durchziehenden muslimischen Rinderhirten der Fulani auf meist christliche Bauern in der Agatu Local Government Area. Hierbei sollen die bewaffneten Fulani u.a. die Dörfer Okokolo, Aila, Adagbo, Akwu, Omikuidi, Ocholonya und Odugbeho zerstört sowie etwa 300 Dorfbewohner getötet haben. Rund 7.000 Menschen flüchteten vor den Angriffen. Staatspräsident Buhari ordnete eine Untersuchung der Vorfälle an.

Somalia

Sicherheitslage

Bei der Explosion von fünf Minen starben am 05.03.16 in der Stadt Bardhere (Region Gedo) ein Soldat der AMISOM und zwei Zivilisten. Drei weitere Landminen konnten entschärft werden.

Ein Angriff mit Granaten auf eine Basis der AMISOM in Afgoye (Region Lower Shabelle) am 03.03.16 verfehlte weitgehend sein Ziel. Durch Einschläge in zivilen Wohngebieten wurden nach Angaben von Anwohnern bis zu 13 Personen verletzt. Für beide Vorfälle wird die al-Shabaab verantwortlich gemacht.

Bei einem Anschlag auf den Konvoi des somalischen Verteidigungsministers nahe dem Flughafen von Kismayo (Region Lower Juba) am 04.03.16 blieb der Minister unverletzt, fünf Soldaten kamen ums Leben. Die al-Shabaab übernahm die Verantwortung.

Unbekannte, die auf eine Patrouille der somalischen Armee in Merka (Region Lower Shabelle) am 03.03.16 eine Handgranate warfen, verletzten dabei einen Zivilisten.

Al-Shabaab-Kämpfer überfielen am 01./02.03.16 einen Posten der AMISOM in Merka (Region Lower Shabelle). AMISOM führte daraufhin eine Sicherheitsoperation in der Stadt durch.

Am 01.03.16 griffen Einheiten der somalischen Armee und kenianische AMISOM-Soldaten al-Shabaab-Kämpfer in der Ortschaft Abdalla-Birole nahe Kismayo an. Dabei sollen sieben Extremisten ums Leben gekommen sein.

Kämpfer der islamistischen Ahlu Sunna wal Jama'a (ASWJ) griffen am 01./02.03.16 Sicherheitskräfte der Übergangsregierung von Galmudug (Interim Galmudug Administration – IGA; Teile der Regionen Galgudud und Mudug) in Dhusamareb an. Zuvor waren Verhandlungen zwischen IGA und ASWJ über eine Machtverteilung gescheitert. Die ASWJ hatte das Angebot abgelehnt, ihre Kämpfer in die Sicherheitskräfte der IGA zu integrieren. Bei den Kämpfen sollen vier Personen ums Leben gekommen sein. Ebenfalls am 01.03.16 kam es in der Ortschaft El Abdi (Region Galgudud) zu einem Zusammenstoß zwischen al-Shabaab-

Kämpfern und Sicherheitskräften der IGA. Nach Angaben von Seiten der al-Shabaab sollen dabei zehn Soldaten der IGA sowie Zivilisten ums Leben gekommen sein.

Al-Shabaab-Kämpfer töteten am 29.02.16 in Mogadischu mit einer Bombe vier Soldaten der somalischen Armee und verletzten acht.

Bei einem Angriff auf einen Militärposten in der Ortschaft Lanta-Buro (Region Lower Shabelle) töteten al-Shabaab-Kämpfer am 29.02.16 mehrere Soldaten. Die Extremisten nahmen die Stadt kurzzeitig ein und flohen vor dem Eintreffen von Einheiten der somalischen Armee und der AMISOM am nächsten Tag.

Todesurteil für früheren Leiter des al-Shabaab-Radios

Am 03.03.16 verurteilte ein Militärgericht einen früheren Mediendirektor der al-Shabaab zum Tod. Er soll seit 2008 bis zu seiner Verhaftung im Jahr 2014 für Radio Andalus, den Rundfunksender der al-Shabaab, gearbeitet und seine Verwicklung in die Ermordung von mindestens fünf Journalisten gestanden haben.

DR Kongo

Haftstrafen von Lucha-Aktivisten reduziert

Am 04.03.16 wurden im Rechtsmittelverfahren die gegen sechs Aktivisten der Demokratiebewegung Lucha („Kampf für den Wechsel“) am 24.02.16 verhängten zweijährigen Haftstrafen auf sechs Monate reduziert. Sie waren in der Nacht des 15.02.16 in der ostkongolesischen Metropole Goma verhaftet worden, als sie Transparente für den landesweiten Generalstreik am 16.02.16 gegen eine Amtszeitverlängerung von Präsident Kabila vorbereitet hatten.

Burundi

250.000 Flüchtlinge in Nachbarländern

Wie UNHCR am 04.03.16 meldete, flohen seit der Ankündigung Präsident Pierre Nkurunziza für eine dritte Amtsperiode kandidieren zu wollen (April 2015) 250.473 Menschen in die Nachbarländer Tansania (131.834), Ruanda (73.926), Uganda (22.330), DR Kongo (21.186) und Sambia (1.197).

Ukraine

Kaum Fortschritte bei Normandie-Gesprächen

Laut Angaben von Bundesaußenminister Steinmeier gab es am 03.03.16 beim Treffen der Außenminister von Frankreich, Russland, Ukraine und Deutschland in Paris zum Ukraine-Konflikt keine wesentlichen Fortschritte. Insbesondere kam es zu keiner Einigung über ein ukrainisches Wahlgesetz für die Separatistengebiete, das dort bis Mitte des Jahres lokale Wahlen ermöglichen soll. Vereinbart wurden lediglich ein Zeitplan und die Grundsätze für die Minenräumung in zwölf Gebieten sowie die Beendigung und Verifizierung des Abzugs leichter und schwerer Waffen entlang der Waffenstillstandslinie. Zudem wurde eine Truppenentflechtung an den Orten beschlossen, wo die Waffenruhe am schwersten verletzt wird.

Zunahme der Kampfhandlungen in der Ostukraine

Am 01.03.16 berichtete der Oberkommandierende der US-Truppen in Europa, General Breedlove, vor dem US-Senat über eine Intensivierung der Kämpfe seit zwei Wochen. So habe es in den vergangenen 24 Stunden 71 Gefechte und Scharfschützenaktivitäten gegeben. Im Laufe der vergangenen Woche habe man etwa 450 solcher Vorkommnisse gezählt. Besonders beunruhigend sei, dass schwere Waffen eingesetzt wurden, von deren Abzug aus der Kampfzone ausgegangen worden sei. Eine Angabe dazu, welche Seite die Verletzungen begangen hat, ist kaum möglich, da die OSZE-Beobachter keinen freien Zugang zu den Gebieten haben.

Bangladesch

Abschaffung der Staatsreligion möglich

Medienberichten zufolge erwägt die Regierung die Abschaffung des Islams als Staatsreligion. Anlass sei eine Welle terroristischer Angriffe auf religiöse Minderheiten wie Hindus oder Christen in den vergangenen Monaten.

Laut Verfassung ist Bangladesch einerseits ein säkularer Staat, andererseits ist der Islam seit 1988 Staatsreligion.

China

Hongkong: Prozess gegen Führer der Demokratiebewegung

Am 29.02.16 begann der Prozess gegen drei Führer der Demokratiebewegung "Occupy Central With Love And Peace" aus dem Jahr 2014. Joshua Wong (19), Führer der Aktivistengruppe Scholarism, Alex Chow (25), ehemaliger Generalsekretär der Hong Kong Federation of Students, und Nathan Law (22), der die Studentenorganisation derzeit leitet, werden die Teilnahme an ungenehmigten Versammlungen und Anstiftung anderer Demonstranten zur Last gelegt. Ihnen drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Letztlich erfolglose Demonstrationen der Bewegung für eine freie Wahl des Hongkonger Regierungschefs mit teils mehreren Zehntausend Menschen hatten zwischen Ende September und Dezember 2014 Teile von Hongkongs Innenstadt lahmgelegt.

Tibet: Selbstverbrennung

Aus Protest gegen die chinesische Tibet-Politik verbrannte sich am 29.02.16 in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kardze (chin.: Ganzi, Provinz Sichuan) ein Mönch selbst. Er erlag am selben Tag seinen Verletzungen. Damit wurden seit 2009 laut Radio Free Asia 144 derartige Fälle bekannt.

Indien/China

Selbstverbrennung

Am 29.02.16 verbrannte sich im indischen Dehradun (Hauptstadt des Bundesstaates Uttarakhand) ein tibetischer Jugendlicher aus Protest gegen die chinesische Tibet-Politik. Er starb wenige Tage später.